

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4099 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 185.

Donnerstag, den 10. August 1899.

6. Jahrgang.

Rüftet zum Gewerkschaftsfeste!

Herr Tischlermeister Pauli-Potsdam,

Mitglied der konservativen Fraktion des deutschen Reichstages, hat nach dem Berichte der „Lüb. Anz.“ auf dem deutschen Tischlertage gesagt,

„Der Abgeordnete für Lübeck, Herr Schwarz, habe vom Staatssekretär des Innern unter Hinweis auf einen Lübecker Fabrikbestrebend verlangt, er solle sich darüber äußern, warum ein Lübecker Arbeiter, der in einer zum Bund gehörenden Fabrik arbeitet, bei eventueller Entlassung in den anderen Fabriken keine Arbeit finde. Die Anfrage habe bei allen Fraktionen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, nur ein mitleidiges Lächeln erregt.“

Wir zitiren aus dem stenographischen Berichte über die Sitzung des Reichstages vom 24. Januar d. Js. aus der Rede des Abgeordneten Schwarz den Passus, um den es sich hier handelt:

„Ein Former Matthiesen war in der Eisengießerei von Evers u. Wiesner beschäftigt. Es wurde ihm in der Lübecker Maschinenbau-Anstalt eine bessere und lohnendere Arbeit nachgewiesen, infolgedessen er seine alte Stelle aufgab. Das war doch gewiß kein Verbrechen; es kann doch Niemand es als etwas Terroristisches bezeichnen, wenn Jemand ein glücklicheres Anerbieten erhält! Was geschah? Der Arbeitgeber-Verband richtete unter dem 4. Juni 1897 ein Schreiben an die Maschinenbau-Anstalt folgenden Inhalts:

Vant Beschluß der letzten Versammlung des Vereins Lübecker Metall-Industrieller am Donnerstag, den 3. Juni, werden Sie hiermit ersucht, den Former Matthiesen innerhalb drei Monaten nicht zu beschäftigen,

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
weil derselbe ohne allen Grund bei der Firma Evers u. Wiesner gekündigt hat.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
deshalb die Vermuthung nahelegt, daß selbiger von irgend Jemand aus Ihrem Betriebe dazu aufgefordert respektive aufgemuntert worden ist, dieses aber laut Protokollbeschluß und durch die Unterschrift eines jeden Betriebes für unzulässig erklärt ist.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Ich möchte nun doch einmal die Meinung des Herrn Staatssekretärs des Innern zu diesem Briefe nachher hören. Das ist doch wahrlich ein Terrorismus, wie er ärger nicht gedacht werden kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
So das Stenogramm. Unsere Leser mögen damit die angebliche Aeußerung des Potsdamers vergleichen und zu ergünden suchen, was es gegenüber diesem flagranten Beispiele rückwärtsloser Unternehmungs-Würde — das übrigens auch in diesem Blatte und in der Presse anderer Orte längst besprochen wurde — mitleidig zu lächeln gab. Wir nehmen zu Gunsten des Tischlermeisters Pauli an, daß der Bericht des Amtsblattes unzutreffend ist, anderenfalls hätte der Herr mit seiner Rede gerade nicht den Nachweis seiner Befähigung zum Reichsboten erbracht. Denn wer über die Reden eines Kollegen in der Öffentlichkeit urtheilen will, muß sie doch zum mindesten kennen. Oder sollte gar Herr Pauli zu den eifrigsten Anhängern der ehemaligen „Fraktion Schulze“ gehören und die Reichstagsberichte nur durch sein antisemitisches Leib- und Magenblatt kennen lernen? A. K.

Vollmar über die bayrischen Wahlen.

In der Wiener Wochenschrift „Wage“ veröffentlicht Genosse v. Vollmar Betrachtungen über die bayrischen Landtagswahlen. Er nennt die in diesem Fall geübte Wahltaktik „sehr einfach und sehr leicht erklärlich“.

Nach den 1898er Reichstagswahlen sind die verschiedenen Parteien in Bayern prozentual vertreten:

Centrum 38,8, Liberale aller Schattirungen 19,1, verschiedene Bauernbünde 18,2, Sozialdemokratie 18, Demokraten 2,4, Konservative 1,9, Sonstige 1,6 Prozent. Da die Zahl der zu wählenden Abgeordneten 159 beträgt, so würde die Kammer unter einem gerechten Wahlsystem folgende Zusammensetzung ergeben: Centrum

62, Liberale 30, Bauernbünde 29, Sozialdemokratie 29, Demokraten 4, Konservative 3, Sonstige 2.

„Aber das veraltete bayrische Wahlverfahren bereitet den Minderheitsparteien und vor allem der Sozialdemokratie so viele Schwierigkeiten, daß es ihnen völlig unmöglich gemacht ist, ihr Recht auf eine ihrer Stärke entsprechende parlamentarische Vertretung auch nur annähernd durchzusetzen. Unser Wahlsystem bietet nämlich, wenn man von der Klassenwahl und der öffentlichen Stimmabgabe absteht, eine fast lückenlose Zusammenfassung alles Unrechts und Widersinns, die sich in den Wahlgesetzen anderer Länder zerstreut finden. Wir haben einen Censur, es wird indirekt gewählt, und das Wahlrecht ist je nach dem Wohnsitz des Wählers ein höchst ungleiches. Die Wahlkreise sind nämlich nicht nach ihrer tatsächlichen Bevölkerungszahl eingetheilt, sondern nach der Volkszählung von 1875, so daß die Hunderttausende von Einwohnern, um die Städte und die Industrieorte seitdem zugenommen haben, ganz außer Berechnung bleiben. So kommt es, daß in Nürnberg erst auf 50 000 und in München gar auf 70 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt, während in manchen ländlichen Kreisen bereits 25—28 000 Einwohner einen Abgeordneten wählen können. Diese Ungleichheit findet aber eine weitere Verschärfung bei der Einteilung der Wahlbezirke, welche gleichfalls nach jener alten Volkszählung stattfindet und wobei es vorkommt, daß in manchen innerstädtischen Bezirken 300—400 Wähler 6—7 Wahlmänner wählen, während in neuerstandenen äußeren Stadtvierteln auf 3000 und mehr Wähler oft nur 3—4 Wahlmänner entfallen. Auf diese Weise haben die Wähler der Großstädte, in denen die Sozialdemokratie ihre stärkste Vertretung hat, nur zwischen einem Drittel und der Hälfte des Wahlrechts ländlicher Kreise; und innerhalb der einzelnen großstädtischen Bezirke sinkt das Wahlrecht der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden, Bediensteten wieder bis auf ein Zwanzigstel des Wahlrechts, das die vermögenden Klassen, und bis zu auf ein Vierzigstel bis Sechzigstel desjenigen herab, das die Landbewohner haben.“

„Die Erhöhung des Gebäudes bildet die Einrichtung der Listenwahl. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben wir nicht — wie bei den Reichstagswahlen — Kreise für je einen Abgeordneten, sondern es werden in der Regel je 2 bis 5 Abgeordnete zusammen gewählt. Hängt es nun schon bei den Urwahlen oft von der Stimme eines Wählers ab, ob diese oder jene Partei drei bis sieben Wahlmänner mehr oder weniger erhält, so kann bei den Abgeordnetenwahlen eine auch nur mit einer einzigen Stimme in der Mehrheit befindliche Partei die sämtlichen Mandate des Wahlkreises einstecken, während alle übrigen Parteien ganz leer ausgehen, völlig unvertreten bleiben. Dabei giebt es keine relative Mehrheit. Ist nicht eine Partei allen anderen zusammen überlegen, so muß bei den Abgeordnetenwahlen, wie auch bei den Urwahlen, solange fortgewählt werden, bis entweder ein Theil erschlahmt und seine Kandidaten fallen läßt, oder bis irgend ein Zufall den Ausschlag giebt — wie 1893 einmal nur der plötzliche Tod eines Centrumswahlmannes einer ganzen Reihe vergeblichen Wahlgängen ein Ende machen konnte und den Liberalen zum Siege verhalf, — oder aber bis eine förmliche Vereinbarung aller Parteien oder eines Theiles derselben zur Vertheilung der Mandate unter sich der Sache ein Ende macht. Ja, den Minderheitsparteien ist durch die Bestimmung, daß die nicht erschienenen Wahlmänner unter Umständen die Kosten eines vereitelten Wahlganges zu tragen haben, selbst das Recht des Fernbleibens genommen, so daß ihre Wahlmänner gezwungen werden können, falls sie keinen anderen Ausweg finden, durch Stimmabgabe direkt oder indirekt persönlich zum Siege der Gegenpartei beizutragen.“

„Diese grotesken Bestimmungen haben bewirkt, daß die taktischen Wahlvereinbarungen in Bayern seit langem zu einer allgemeinen Einrichtung geworden sind, von der alle Parteien Gebrauch machen und gegebenenfalls Gebrauch machen müssen, weil sie eine notwendige Folge des bestehenden Wahlverfahrens sind und die einzige Möglichkeit bieten, dessen Verfehrtheiten einiger-

maßen zu corrigiren. Im Unterschied zu dem, was wir Sozialdemokraten als „Kompromisse“ bezeichnen und stets grundsätzlich bekämpft haben, nämlich zu programmatischen Vereinbarungen, lassen solche Wahlvereinbarungen rein taktischer Natur das ganze Wesen und die Unabhängigkeit der beteiligten Parteien völlig unberührt und können deshalb auch von den einander entgegengesetzten Richtungen zu Augenblickszwecken abgeschlossen werden. So haben bei unseren letzten Wahlen solche Vereinbarungen stattgefunden zwischen: Liberalen und Bauernbünden, Liberalen und Bund der Landwirthe, Liberalen und Konservativen, Centrum und Konservativen, Sozialdemokratie und Volkspartei, Sozialdemokratie und Centrum.“

Was im Besonderen die Sozialdemokratie betrifft, so bildet das allgemeine, theilweise geradezu ungeheure Anwachsen ihrer Stimmen eines der charakteristischen Merkmale der letzten Wahlbewegung. . . Im ganzen Land vermehrte sich die Zahl unserer Wahlmänner von 376 in 1893 auf 642. . . Diese Ergebnisse waren gewiß glänzende und würden uns bei jedem halbwegs vernünftigen Wahlgesetz ohne weiteres eine Reihe von Mandaten gesichert haben. Durch das bestehende Wahlverfahren mit seiner Listenwahl und seiner zu Gunsten der Liberalen gemachten Wahlkreiseinteilung aber hätte es mit Leichtigkeit dahin kommen können, daß die Sozialdemokratie trotz der großen Zahl ihrer Urwähler und Wahlmänner in München I wie in Speier ohne jede Vertretung geblieben wäre.“

„Es konnte, wie es 1893 in München I geschehen ist, in einer Reihe von Urwahlbezirken zu einem Zusammengehen zwischen Liberalen und Centrum kommen, wodurch eine Zahl unserer Wahlmänner unterliegen konnte, die hinreichend war, uns in die Minderheit zu bringen. Wenn unsere beiden Gegner aber auch während der Urwahlen einander ferne blieben, was konnte dann bei den Abgeordnetenwahlen geschehen? München I hat 344 Wahlmänner, wovon 166 uns, 91 dem Centrum und 87 den Liberalen gehörten; die absolute Mehrheit betrug 173. In Speier waren von 243 Wahlmännern 83 uns, 60 dem Bund der Landwirthe, 52 dem Centrum, 45 den Nationalliberalen, 3 den Demokraten zugefallen: absolute Mehrheit 122. Es konnte nun zweierlei geschehen: Entweder wir und die übrigen Parteien stimmten ohne Rücksicht auf einander nur für die eigenen Kandidaten. Dann mußte die Wahlhandlung unaufhörlich wiederholt werden, ohne daß eine gültige Wahl zu Stande kommen konnte. Wobei vorausgesetzt ist, daß alle unsere Wahlmänner, welche zumeist aus Arbeitern und Kleingewerbetreibenden bestanden, die fortgesetzte Beeinträchtigung ihres Verdienstes und die Drohung mit Maßregelung hätten ertragen können, und daß nicht Krankheit oder Veränderung des Wohnsitzes in Folge von Arbeitsverlust in ihre Reihe größere Lücken gerissen hätten, als in die der Gegner. Dann konnten zwar freilich die Gegner nicht durchbringen, aber auch wir nicht, und die Kreise blieben ganz ohne Vertretung. Oder aber — und das ist das Wahrscheinlichere, ja Gewisse — es kann früher oder später zu Vereinbarungen der gegnerischen Parteien wider uns kommen. Dann aber wäre gerade diejenige Partei künstlich in die Minderheit gebracht worden, die in beiden Wahlkreisen ziffernmäßig die stärkste ist, die im Landtag als Triebfeder jedes politischen, sozialen und kulturellen Fortschrittes wirkt, die insbesondere seit Jahren allein ernstlich und unermüdet für die endliche Beseitigung des jetzigen Wahlgesetzes sammt all seinen Begleiterscheinungen kämpft, und deren Verstärkung im Landtag deshalb von hohem Interesse für das bayrische Volk und Land war.“

„Sollte diesem äußersten Unrecht vorgebeugt werden, und wollte die Sozialdemokratie nicht sich und ihre Wähler um die Frucht des Wahlkampfes bringen, — so gab es nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, als daß wir, gern oder ungern, auch unsererseits zu dem herkömmlichen Mittel der Wahlvereinbarung griffen, das oft genug gegen uns angewendet worden war und nun auch einmal zur Sicherung unseres Rechts und gleichzeitig zur gründlichen Erschütterung des bestehenden Wahlverfahrens nutzbar gemacht werden konnte.“

„Von den beiden in Betracht kommenden Parteien

hätten die Liberalen — die sich in beiden Kreisen seit langem im Besitz der Mandate befunden hatten — auf die zu ihren Gunsten zurechtgeschchnittene Wahlkreis-einteilung pochend, ihre Stellung für unangreifbar und dachten deshalb in ihrem Hochmuth nicht daran, die Folgen jener Parteilichkeit durch freiwillige Abtretung eines Theiles der Mandate abzumildern. Sie konnten also nicht in Betracht kommen.

„Bleib nur das Centrum; das war bisher, gleich uns, in München I ebenso wie in der Pfalz, durch die Abstimmung von jeder Vertretung im Landtag ausgeschlossen. Zwar wollte ein Theil der Partei, bestehend aus Beamten und Großbürgern, um jeden Preis an dem alten Grundgesetz festhalten, daß das Centrum niemals mit der Sozialdemokratie einmündig wie immer beschlossenen Volk schließen könne, und deshalb lieber Fühlung mit den Liberalen suchen. Aber wenn bisher im Centrum jede Stimmzettelabgabe für einen Sozialdemokraten als ein Verrath an der Kirche und ein Eidbruch am Staat hingestellt werden konnte, und wenn noch bei den vorjährigen Reichstagswahlen der Einfluß des Hofes und der höheren Geistlichkeit die Massen der Centrumswähler bewogen hatte, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Liberalen zu unterstützen, so war hierin mittlerweile eine bedeutende Aenderung eingetreten. Die Arbeiter, Handwerker und Bediensteten, die das Centrum in den katholischen Arbeitervereinen organisiert hatte, um sie der Sozialdemokratie fernzuhalten und als dienstbereite Hilfsstruppen zu verwenden, hatten sich allmählich fühlen gelernt. . . . Die katholischen Arbeiter vor allem waren es, die mit aller Entschiedenheit darauf hindrängten, daß das liberale Vertretungsmonopol um jeden Preis zu brechen und daß zu diesem Zwecke mit den Sozialdemokraten eine Vereinbarung zu treffen sei. Und als diese dann zur Thatfache wurde, da waren die katholischen Arbeiter wiederum die ersten, die einen Kandidaten aus ihren Reihen aufstellten, den bürgerlichen Elementen großmüthig die Aufstellung des andern unter der Bedingung überlassend, daß dazu ein Mann „aus dem praktischen Leben“ genommen werde. So wurde denn, allen Mahnungen und Warnungen der alten Führer entgegen, die Wahlvereinbarung mit uns vom Centrum mit großer Mehrheit beschlossen und in offizieller Form festgestellt.

„Sozialdemokratie und Centrum gingen im ersten Wahlgang vollständig selbstständig vor und bekämpften sich gegenseitig um so nachdrücklicher, als zugleich die Wahl in München II mit seinem einen Abgeordneten anschließend zwischen beiden Parteien ausgefochten wurde. . . .

„So stellt sich denn das anscheinend so „unerklärliche“ Bündniß einfach als ein rein äußerliches Augenblicksübereinkommen dar, eine taktische Maßregel, die ein unsinniges Gesetz zwei Parteien trotz all ihrer sonstigen Gegnerschaft aufzwingt, wenn nicht trotz aller erzielten Erfolge beide Parteien von einer dritten rechtlos gemacht werden wollen. Man hat hier eine Proportionalwahl unter Umgehung des Gesetzes vor sich, allerdings eine mangelhafte, indem die bisher herrschende Partei ausgeschlossen wird. Aber das läßt sich einmal nicht anders machen. Hätte nicht die liberale Partei — zusammen mit dem Centrum — die elementarste Pflicht der Volksvertretung so sehr vergessen, daß während eines Vierteljahrhunderts kein einziger ernsthafter Schritt zu einer Reform des Wahlrechts geschehen ist, dann hätte ihr und uns dieser Vorgang erspart bleiben können. Aber wer so lange die Vorteile aus einem Unrecht schmugeln eingeschrieben hat, der darf sich nicht beklagen, wenn ihm auch einmal dessen Nachteile fühlbar werden und wenn diejenigen, die so lange vergeblich ein besseres Wahlgesetz gefordert haben, sich schließlich jedes Mittels bedienen, um aller Welt zu zeigen, wie die Folgen des bestehenden Gesetzes nicht immer nur als bequeme Handhabe zur Unterdrückung der Sozialdemokratie wirken, sondern unter Umständen auch die Vertheidiger des Gesetzes selbst in den Nacken schlagen können. Wenn der Schrecken und die Trauer der Liberalen über ihre ebenso unerwartete wie wohlverdiente Niederlage, sowie die naheliegende Erkenntniß beim Centrum, daß bei einem längeren Fortbestehen des jetzigen Wahlrechts auch ihm einmal ein Gleiches widerfahren könnte, den neugewählten Landtag dazu treiben, die so lange zurückgehaltene Wahlreform endlich in Gang zu bringen und ein Wahlrecht zu schaffen, das die Möglichkeit giebt, daß unsere Landtagswahlen aus einer Fälschung des Volkswillens zu einem getreuen Ausdruck desselben werden — dann wird unser taktisches Vorgehen allein schon dadurch seinen Zweck erreicht und sich für das bayerische Volk reichlich gelohnt haben!“

Politische Handwörter.

Deutschland.

Zu der Stenogramänderung im Reichstag wird den „Münch. Neuest. Nachr.“ aus Berlin gemeldet: Nachdem der Direktor beim Reichstag Knack wegen der bekannten Stenogrammänderung den Präsidenten Grafen Ballestrem um Verzeihung gebeten hat, beabsichtigt dieser mit Rücksicht auf den kranken Zustand des Direktors keine weitere Verfolgung eintreten zu lassen. — Ob sich unsere Parteigenossen mit dieser Entschuldigung zufrieden stellen werden, bezweifeln wir.

Vom Kleinhandel. Vor wenigen Jahrzehnten schrieb der bekannte konservative Nationalökonom Robertus an seinen Gesinnungsgenossen Rudolf Meyer, den Verfasser des lesenswerthen „Emanzipationskampfes des vierten Standes“, nach einer sehr abfälligen Kritik englischer Enquêtes: „Und dennoch Enquêtes über Enquêtes! denn wir wissen noch Nichts von den sozialen Zuständen um

uns.“ So wahr das Wort ist, die Forderung ist bei uns so gut wie unerfüllt geblieben. Was die Berichte der Gewerbeinspektoren oder privater Forscher zu Tage fördern, ist doch nur Gelegenheitsarbeit, Stückwerk. Von einer systematischen Untersuchung im großen Styl hat seit Jahren Nichts verlautet, die Anläufe dazu durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik sind so gut wie eingestellt. Erfreulich ist es zu sehen, daß andere Organisationen nach Maßgabe ihrer Kräfte leisten, was der Staat wieder einmal unterließ. Der Verein für Sozialpolitik hat werthvolle Untersuchungen über die Lage des Handwerks und neuerdings über das Hausgewerbe angestellt; eine Reihe von Handelskammern und ähnlichen Korporationen beschloß auf Anregung der Handelskammer Osnabrück (1895) eine Enquete über den Kleinhandel, von der jetzt der erste Band vorliegt. Aus ziemlich allen Gauen des Reiches sind Berichte eingelaufen, die sich entweder auf den gesammten Kleinhandel bezug betreffend, oder einzelne Branchen herausgreifend, besonders den Manufaktur- und Kolonialwaarenhandel. Die weit überwiegende Mehrzahl der vorliegenden Referate findet das Heilmittel für den Kleinhandel, durchaus zutreffend, bei ihm selbst. Da fehlt es an Allem! Die mangelhafte Geschäftskennntniß zeigt sich eigentlich in Allem, in der durchweg ungenügenden Vorbildung der Inhaber, die häufig nicht einmal die Elemente kaufmännischer Buchführung und von Branchenkenntniß besitzen. Angezogen durch die höhere soziale Stellung, welche der Kaufmannsberuf genießt, geht man ohne reifliche Ueberlegung an das Glashirn. Dann fehlt es an dem genügenden Geschäft- und Betriebskapital. Man ist gezwungen, auf oft langfristigen Kredit, also theuer zu kaufen, verkauft aber noch immer nicht gegen baar, sondern huldigt dem Vogelsystem. Daß dadurch die Preise, auch der Waareinkaufenden, verteuert werden, Verluste entstehen, Käufer zu Anschaffungen verleitet werden, die ihre Mittel übersteigen, hat dieses System noch immer nicht gelindert. Man will vor Allem den Kunden festhalten, ohne zu bedenken, daß er nicht selten bei Anderen, besonders bei Versandgeschäften kauft, wenn sein Konto überlastet ist. Durch die Konkursen, die sich bei vielen Kleinhandlern gegenseitig machen, wird nicht bloß ihr schmales Einkommen zu einem unzureichenden, die Konkurrenz und Ausverkäufe verschlechtern die Lage der Nichtbetroffenen, vor Allem werden die Ladenmieten einer ständigen, ganz unberechtigten Steigerung unterworfen, gegen die sich der Kleinhandler, an die Konkurrenz gestellt, nicht zu schlagen vermag. Das sind die eigentlichen Krebsgeschwüre, an denen der Kleinhandel leidet und dem sollten sich vernunftgemäße Reformvorschlüge anpassen. Uebrigens ist in der Enquete festgestellt, daß in einer ganzen Reihe kleinerer Ortspfosten von einem Nothstande der Kleinhandler nicht die Rede sein kann. Wohl hat überall die Zahl der konkurrierenden Geschäfte zugenommen, häufig auch über die Bevölkerungsvermehrung hinaus. Allein es ist doch zweifellos, daß in noch stärkerem Grade die Aufnahmefähigkeit und der Konsum selbst zunahm; dem fallenden Profit an den einzelnen Artikeln entspricht im modernen Verkehr der bedeutend schnellere und beträchtlichere Umsatz. Wenn sich aus dieser lehrreichen Untersuchung etwas ergibt, so ist es ein Bündel Forderungen an die Kleinhandler selbst. Daß ein Befähigungsnachweis, wie er jetzt nach künstlerischem Rezept gefordert wird, Nichts bessern, aber sehr viel schaden kann, liegt auf der flachen Hand. Dagegen ist es nicht mehr als billig, daß unsere Schulen, insbesondere auch die Volksschulen, aus der die meisten Kleinhandler hervorgehen, weit mehr als jetzt für die Vorbildung zu thätigen Kaufleuten thun können. Stehen sie doch überhaupt aus Mangel an Mitteln lange nicht mehr auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit. Durch bessere, vor Allem durch mehr kaufmännische Fachschulen, würde kaufmännisches Wissen gesteigert werden. Endlich liegt in letzter Instanz das Heilmittel bei den betreffenden Bevölkerungsgruppen selbst. Sie müssen sich fest organisieren, durch ihre Vereinigung Abschaffung des Vogelsystems allmählich herbeiführen, die Ladenmieten geschlossen herabdrücken u. s. m. In ihrer Hand liegen ihres Schicksals Sterne. Schließlich aber ist der Kleinhandel, wie jedes andere Glied der Volkswirtschaft auch, nur so lange existenzberechtigt, als er wirklichen Bedürfnissen der Konsumenten dient. Sonst nicht!

Militarismus und Leutenoth. Ueber eine bedenkliche Leutenoth wird zur Zeit im Lechseer Kreise geklagt. Die größeren Landwirthe, die sich sonst immer zur Ernte Soldaten kommen lassen, sind, wie der „Volksgtg.“ geschrieben wird, diesmal mit ihren Gesuchen von der Militärbehörde abgewiesen worden, da wegen wichtiger militärischer Uebungen kein Soldat auf längere Zeit beurlaubt werden kann. Infolgedessen machten verschiedene Besitzer den Versuch, Schmittler heranzuziehen; dies Vorhaben haben sie jedoch wegen der damit verbundenen großen Vor- und Vermittlungskosten wieder auf. Der Fortgang der Erntearbeiten leidet nun außerordentlich unter dem Mangel an Arbeitskräften. Soweit die Mittheilung. Die Militärbehörde wird mit ihrer Ablehnung der Gesuche um Ueberlassung billiger uniformirter Erntearbeiter vollständig im Rechte sein. Die „größeren Landwirthe“, die nun vielleicht auf die Militärbehörde schlecht zu sprechen sind, mögen sich aber nicht über diese, sondern über die militärfremden Parteien des Reichstages beklagen, die niemals Bedenken getragen haben, dem Lande die kräftigen Arbeiter zu entziehen, um sie bei jeder Heeresvermehrung in immer neuen Tausenden von leistungsfähigsten Exemplaren in die Kasernen zu schicken. Wenn über eine halbe Million junger Leute, so viel zählt das stehende Heer, der produktiven Arbeit alljährlich entzogen sind, wer soll dann das Land be-

stellen? Für gewöhnlich sind es aber gerade die „größeren Landwirthe“ Ostpreußens, die bei jeder Heeresvermehrung Hurrah geschrien haben. Sie haben damit dem Militarismus vollenden helfen, was der junkerliche Adel durch das „Bauernlegen“ begonnen hat: die Entvölkerung des platten Landes. Es ist ein Übel, erst nach fortwährender Vermehrung der Soldaten zu schreien und hinterher die Soldaten für die produktive Arbeit zu reklamieren. Daß dieses Spiel einmal eine Grenze haben muß, das hat im vorliegenden Falle die Militärbehörde den Herren Agrariern mit erfreulicher Deutlichkeit vor Augen geführt. Hoffentlich wirkt dieses Vorkommniß belehrend.

Wahlen zum Invalidengesetz. Das neue Invaliden-Versicherungsgesetz tritt am 1. Januar 1900 in Kraft. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dazu neue Wahlen erforderlich sind auch dann, wenn von der Errichtung öffentlicher Rentenstellen abgesehen werden sollte. Wenn nämlich die untere Verwaltungsbehörde in den Fällen der Begutachtung der Anträge auf Rentenbewilligung und der Entziehung von Invalidententen der Ansicht ist, daß das Gutachten gegen die Gewährung von Renten oder für die Entziehung auszusprechen ist, so hat sie nach dem neuen Gesetze vor der Abgabe ihres Gutachtens bestimmte Fragen unter Zustimmung je eines Vertreters der Unternehmer und der Versicherer in mündlicher Verhandlung zu erörtern. Auf seinen Antrag, oder wenn es die Aufklärung des Sachverhalts verlangt, ist auch der Rentenbewerber oder -Empfänger zur mündlichen Verhandlung zuzuziehen. Diese Einrichtung ist zum Schutze der Rentenberechtigten nicht ganz ohne Werth und die Vertreter der Versicherten können für diese in solchen Fällen Gutes wirken. Die Wahlen für diese Vertretungen müssen noch in diesem Jahre vorgenommen werden, und die Landesbehörden werden deshalb bald Wahlordnungen dazu erlassen müssen. Die Wahlen werden von den Vorständen der Zwangskassen und gewisser kleinerer Hilfskassen vorgenommen werden, die deshalb für die Auswahl geeigneter Vertreter und für eine Verständigung untereinander bedacht sein müssen.

Wannersoll Militarismus verlangt schon wieder ein neues Opfer. Wo ehemals blühende Felder waren, wo Brod und Kartoffeln in Masse gezeihen, werden hinfort Kanonengelände und Granaten die Luft mit ihrem pfeifenden Geräusch erfüllen. Berliner Blätter melden: Der größte Truppenübungsplatz und Artilleriechießplatz des Deutschen Reiches wird der Uebungsplatz Biedrusko bei Posen werden. Die neue Anlage soll bis zum 1. Juli 1900 fertig gestellt sein und zwar sind vorläufig vier Millionen Mark zu diesem Zwecke in Aussicht genommen. Der neue Platz wird annähernd 20 000 Morgen umfassen. Er wird eine derartige Ausdehnung erhalten, daß die Artillerie zehn Kilometer weit zu schießen vermag. Das Schloß Biedrusko wird zur Kommandantur und zu Wohnungen für Generale umgewandelt. Für die Offiziere werden massive Baracken, für die Mannschaften Wellblechbaracken gebaut. Dazu kommt noch eine ganze Reihe sonstiger Neubauten: Bauten zur Unterbringung von Munition, ferner ein Wasserthurm (von mindestens 100 Kubikmeter Wasser täglich), Stabsbaracken, Küchengebäude, Lazarethbaracke u. s. Insgesamt sollen auf dem neuen Truppenübungs- bzw. Schießplatz über 6000 Mann untergebracht werden können. — So kolonisiert man im Innern des Reiches!

Kleine politische Nachrichten. Die Aufstellung des gesammten nächstjährigen Staatshaushaltsetats ist nach dem „Hann. Cour.“ beendet; derselbe ging letzter Tage dem Reichshauptamt zur Nachprüfung zu. — Ein geschäftliches Verbot der Verkaufslage von Getreideprodukten hat der Verein der Kornbrennereibesitzer und Weißbierfabrikanten in seiner Generalversammlung im Februar gefordert. Das Reichsgesundheitsamt hatte schon 1897 die Nothwendigkeit solcher Maßnahmen vernimmt und hält auch neuerdings an diesem Standpunkt fest. Auch der Reichskanzler vermag ein Verbot zu einer Sondergesetzgebung nicht anzuerkennen, ist vielmehr der Meinung, daß auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes die Verfassungen der Breiherse wirksam verfolgt werden könnten. — Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, ist in den Fürstentum erhoben worden. — In dem Strafverfahren gegen den früheren Landgerichtsdirektor Kübler in Darmstadt ist die Voruntersuchung dieser Tage geschlossen worden. Es liegt nunmehr an der Entscheidung des Landgerichts, ob das Hauptverfahren eröffnet werden soll. — Aus Bessarabien werden, wie man der „Frl. Btg.“ aus Bukarest mittheilt, mehrlache Bauernrevolten gemeldet. In Bolgrad kam es zu einem blutigen Zusammenstoß der wegen ihrer furchtbaren Nothlage revoltierenden Bauern mit dem zur Wiederherstellung der Ruhe ausgebotenen Militär. Zwanzig Bauern sind todt, sechszehn schwer verwundet. — In Castellon (Spanien) zogen mehrere Trupps von Republikanern vor das Gefängniß und verlangten, daß die infolge der Vorkälle am letzten Sonntag (Bergl. den Artikel „Spanien“) in der Gefängnisse (Reb.) inhaftirten Personen freigelassen würden. Die Gefängniswache gab bei ihrem Herannahen Schreckschüsse ab. Militär wurde herbeigeholt und mußte die Trupps zerstreuen. — Wie von der Insel Mabagastar gemeldet wird, sind auf der Insel Grand Comoro Unruhen ausgebrochen. Von Majunga ist ein Aviso dorthin entsandt worden. — Auf den Philippinen ist die Frage der Freilassung der spanische Gefangenen noch immer nicht geregelt. Neuerdings wird aus Madrid gemeldet, daß die philippinischen Aufständischen für die Freilassung der spanischen Gefangenen 7 Millionen Dollars verlangen. — Auf Haiti haben die Generale Pablo Reyes, Maximon Pacheco, Jose Jimenez und andere zu Gunsten von Juan Ysidor Jimenez zu den Waffen gegriffen und halten Sabana und Guayabin besetzt. Man nimmt in Cap Haitien an, daß der Gouverneur von Montechristi sich ohne Verstärkungen nicht werde behaupten können.

Dänemark.

Die Aussperrung der dänischen Arbeiter ist noch nicht abgeschlossen. Die eingeleiteten Verhandlungen haben noch nicht zu einem definitiven Resultat geführt. Ein offizielles Telegramm aus Kopenhagen, 8. August, meldet diesbezüglich: „Nach achtstündiger Verhandlung beschloß die Generalversammlung der Fachverbände heute Morgen 5 Uhr mit 128 gegen 99 Stimmen den Ver-

gleichentwurf in der Forderung gut zu heißen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Streitpunkte im Tischlerfach vorher geordnet, und daß keine Werkstätten-Reglements ohne Verhandlung zwischen den Hauptorganisationen eingeführt werden. — Ein Privattelegramm von Seiten der ausgesperrten dänischen Genossen schildert „Vorwärts“ und „Eho“ die Sachlage wie folgt:

„Die Aussperrung ist noch nicht beendet; wir haben einen Einigungsantrag angenommen, die Unternehmer haben jedoch bereits versucht, das Uebereinkommen zu brechen. Wir fordern Garantien für die loyale Durchführung des Einigungsantrages; entgegengekehrten Falles wird der Kampf fortgesetzt.“

Die Thatsachen zeigen wieder die unerhörte Hartnäckigkeit der Unternehmer in ihrem Bemühen, den dänischen Arbeitern den Fuß auf den Nacken zu legen. Um so bringender ist die Nothwendigkeit, den dänischen Arbeitern kräftig helfend zur Seite zu stehen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine imposante Volksversammlung, an der Liberale, sog. Nationale und Sozialdemokraten theilnahmen und welche sich gegen die jüngsten sterikalen Demonstrationen und Exzesse, gegen die Zuckersteuer sowie den Ausgleich mittels des § 14 richtete, fand Sonntag in Innsbruck statt. Die Teilnehmer, mit rother Nelke oder Kornblume und schwarz-rot-goldener Tricolore geschmückt, standen Kopf an Kopf. Die Tribüne war mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt. In der Nähe der Halle standen etwa fünfzig Gensdarmen. Vizebürgermeister Erlinger hielt unter stürmischem Beifall die sterikalen Resolutionen. Eine darauf bezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. Redakteur Jangert, der Deutsch-nationale Hofkammer und Genosse Prachensky sprachen über den § 14 und die Zuckersteuer. Eine scharfe Resolution dagegen wurde einstimmig angenommen. Sodann wurden die „Wacht am Rhein“ und das Arbeiterlied gesungen (beide von der sozialistischen Arbeiterkapelle begleitet). Darauf folgte ein Marsch durch die Stadt. Es war ein langer Zug. In demselben sah man schwarz-rot-goldene Fahnen, dann auf einer Stange einen Zuckerhut, auf einer anderen daneben ein schwarz umflortes Bild, das die Einföhrung des § 14 und neben dem Sarg weinende Frauen darstellte. Vor der Hofburg erscholl die „Wacht am Rhein“. Vor dem Rathhaus brachte man Ovationen, vor den Häusern der sterikalen Abgeordneten Joerg und Kapferer ließ man Hühner und Pfaffen hören. Die Zugänge zur Statthalterei waren durch Gensdarmenordnungen abgesperrt. Kein Zwischenfall hat sich ereignet. Die Garnison wurde zwar in Bereitschaft gehalten, doch gab es für sie keine Arbeit.

Belgien.

Die bedingte Verurtheilung und die bedingte Haftentlassung sind bekanntlich seit dem Jahre 1888 in Belgien in Kraft. Ueber die Ergebnisse dieser Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts spricht sich jetzt amtlich der Bericht des belgischen Senates also aus: „Eine sechsjährige Erfahrung hat bewiesen, daß die damals so glücklich eingeführte Neuerung die besten Wirkungen vom Standpunkte der Kriminalität aus hervorgerufen hat. Fast 300 000 Verurtheilungen sind in diesem Zeitraum von den Zuchtpolizeigerichten und Polizeigerichten mit Ausschub ausgesprochen worden, nur 4 pCt. Rückfälle sind festgestellt worden. Für die bedingte Haftentlassung erreicht die Zahl der Widerrufe, die verhängt werden mußten, nicht einmal diesen Prozentsatz. So hat auch diese neue Gesetzgebung sowohl in unserem Lande wie auch im Auslande eine einmüthige Billigung gefunden. Seit dem 1. d. Mts. ist die bedingte Verurtheilung auch in das Militärstrafgesetzbuch für die Verbrechen gegen das gemeine Recht eingeführt worden. — In Deutschland werden wir noch lange auf eine derartige Reform warten müssen. Bei uns entlastet man nicht die Zuchthäuser, sondern müchte am liebsten alle Arbeiter, die auf ihre Klassenhre halten, in das Zuchthaus stecken. Siehe Zuchthausvorlage!

Frankreich.

Die Vorbereitungen für den Einigungskongress der französischen Sozialisten schreiten erfreulicherweise fort. Das sozialistische Verständigungskomitee hielt am 3. d. Mts. eine Sitzung ab, die erste seit dem Ausbruch des Parteistreits. Bekanntlich fällt dem Komitee die Aufgabe zu, den Einigungskongress vorzubereiten. Es haben sich nun bereits fünf verschiedene Organisationen für die Einberufung des Kongresses ausgesprochen, dessen Zustandekommen also gesichert ist. Vorher müssen noch freilich die wichtigen Vorfragen über den Wahlmodus und die Tagesordnung des Kongresses gelöst werden. Das wird in der nächsten Sitzung des Verständigungskomitees zur Behandlung gelangen. Diese Sitzung findet am 31. August statt, d. h. zwei Wochen nach dem Kongress der guesdistischen Arbeiterpartei zu Eprenay, der nach der einen oder anderen Seite entscheidend sein wird, da seine Entscheidung die Haltung der guesdistischen Mitglieder des Verständigungskomitees strikte vorschreiben wird. Die „Conföderation der Unabhängigen Sozialisten“ (Jaurès'sche Richtung) hat dem Komitee folgende Vorschläge bezüglich des Einigungskongresses unterbreitet: „Der Wahlmodus zum Kongress hat zur Grundlage die Wahlkreise. Zur Entsendung von Delegirten sind alle Gruppen berechtigt, die am Datum des 15. Juli 1899 bestanden und die drei wesentlichen, vom Verständigungskomitee formulirten Grundsätze anerkennen: Eroberung der politischen Gewalt durch das in einer Klassenpartei

organisirte Proletariat; Bergeshöftlichkeit des Kapitalistischen Eigentums; internationale Union und Aktion der Arbeiter. Jeder Wahlkreis, gleichviel ob er an den Wahlen von 1898 theilgenommen war oder nicht, hat das Recht, zwei Delegirte zu wählen. In den Wahlkreisen, die 1898 im ersten Wahlgang über 3000 sozialistische Stimmen abgaben, wird ein weiterer Delegirter für jedes über 3000 hinausgehende 1000 Stimmen gewählt, ohne daß die Gesamtzahl der Delegirten fünf überschreiten darf.“ Ueber die Tagesordnung des Kongresses heißt es im Vorschlag: „Es steht dem Kommando zu, die Tagesordnung und die Beschlüsse des Kongresses, der souverän sein wird, zu beschließen.“ Es sei aber eine vorherige freundliche Verständigung hierüber unter allen Organisationen von Nutzen. In diesem Sinne schlägt die Conföderation folgende Tagesordnung vor: 1) Die Haltung der sozialistischen Partei in den Konflikten zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie. 2) Die Beziehungen des sozialistischen Proletariats zu den Institutionen und Gewalten der Bourgeoisgesellschaft: Allgemeines Wahlrecht, Parlament, Gemeinderäthe, Ministerium. 3) Die sozialistische Einigung.“ Der Unterschied zwischen dem Jaurès'schen Vorschlag und dem von Guesde und Vaillant besteht in folgenden: Jaurès's Organisation will auch diejenigen Wahlkreise zum Kongress zulassen, die bei den letzten Kammerwahlen keinen Kandidaten aufgestellt haben, während der guesdistisch-blauquillische Vorschlag diese Wahlkreise ausschließt. Besonders wichtig ist der Unterschied in Bezug auf die Tagesordnung. Guesde-Vaillant wollen die Arbeit auf den einzigen Punkt beschränken, ob ein Sozialist an einem bürgerlichen Ministerium theilnehmen dürfe. Hingegen umfaßt der Jaurès'sche Vorschlag alle grundsätzlichen Fragen, nach deren Lösung erst jene Einzelfrage beantwortet werden kann, und deren Lösung für die grundsätzliche Ueberwindung der Parteistreife unentbehrlich ist. Schließlich schlägt die Conföderation vor, die allerwichtigste Frage der organisierten Einigung des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei (Allgemeinisten) wird ihre Vorschläge erst auf Grund des in dieser Organisation obligatorischen Referendumsbeisatzes anarbeiten. Andererseits hat das Verständigungskomitee die wichtige und ehrenvolle Entscheidung getroffen, die Beschlüsse der Brüsseler Vorbereitungs-Konferenz zum Internationalen Kongress anzunehmen. Damit ist das schwerste — und wohl einzige — Hinderniß für das Zustandekommen des Internationalen Kongresses in Paris aus dem Wege geräumt, d. h. unter der Voraussetzung, daß der französische Einigungskongress seiner Aufgabe gerecht wird. Beifällig, in Hinblick auf den Internationalen Kongress ist die Sozialdemokratie aller Länder am Gelingen des Einigungswerkes in Frankreich doppelt und ganz direkt interessiert, wie andererseits die gleiche Erwägung sicherlich die Haltung unserer französischen Genossen in der Einigungsfrage mit beeinflussen wird.

Der neue Dreyfusprozeß. Am Dienstag waren die Verhandlungen des Kriegsgerichts geheim. Früh um 6 Uhr wurde die Straße, die zum Kriegsgericht und Militärgefängnis führt, von den Neugierigen geräumt, eine Abtheilung Infanterie bildete zwischen beiden Gebäuden Spalier. Um 6 1/2 Uhr wurde Dreyfus ohne Zwischenfall nach dem Lyceum geführt. Nachdem die Mitglieder des Kriegsgerichts, General Chamoin und die Verteidiger von Dreyfus sich um 6 1/2 Uhr im Lyceum eingefunden hatten, nahmen vor dem Gebäude Genarmen Aufstellung, um das Publikum fernzuhalten. Die geheime Sitzung dauerte von 6 1/2 bis 11 1/2 Uhr. Den einzigen Gegenstand bildete die Vorlesung des Geheimaktenstückes durch General Chamoin. Es ereignete sich kein Zwischenfall. — Mit dem Ergebnis des ersten Tages der Verhandlungen sind die Verteidiger von Dreyfus sehr zufrieden. Der Verteidiger Demange äußerte einem Journalisten gegenüber, die Verteidiger Dreyfus' betrachteten den Prozeß als gewonnen, ohne ihrerseits plädieren zu haben. Die Prüfung der Geheimakten werde die Unschuld ihres Klienten ohne Weiteres ergeben, es werde von dem geheimen Material gegen Dreyfus nicht mehr übrig bleiben als vom Mordereau, nämlich nichts, nichts, durchaus nichts. Für ein besonders wichtiges Symptom hält man die zwei Stimmen, die im Kriegsgericht gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Diskussion über das geheime Dossier abgegeben wurden. Man will daraus schließen, daß bereits zwei Mitglieder des Kriegsgerichts zum Freispruch geneigt sind; wenn noch eine dritte Stimme hinzukommt, muß der Freispruch mit dem sogenannten Benefiz der Minderheit erfolgen. Ueber den schließlichen Ausgang des Prozesses enthalten sich die Pariser Blätter noch des Urtheils. Der Eindruck, den der Angeklagte macht, ist im allgemeinen ein günstiger. Die Nationalisten setzen ihre einzige Hoffnung auf Mercier, und man erwartet einen heftigen Austritt zwischen diesem und Casimir Perier. Perier werde ein von Mercier als Schuldbeweis herangezogenes diplomatisches Schriftstück als gefälscht bezeichnen. Der Bonapartist Cassagnac schreibt in der „Autorité“: „Wenn Mercier nicht wirkliche Beweise hat, dann hat er durch den Prozeß eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen. Man wirft der erregten Menge keinen französischen Offizier als Opfer hin.“

Zu dem gestrigen Prozeßbericht ist noch nachzutragen, daß der Präsident die Vorladung mehrerer neuer Zeugen verlangt. Vier Offiziere sollen über die Frage der Geständnisse Dreyfus' ausfragen. Ferner läßt der Präsident einige Zeugen aus der Enquete Duesnoy de Beaurepaires vorladen; außerdem einen früheren Gerichtsbeamten, welcher Dreyfus bei Madame

Bobion gesehen, jener gelanten Dame in den Champs Elyées, von welcher im Verhöre die Rede war. Endlich wird der Kaufmann Müller aus Lille geladen, welcher behauptet, in Volsdam im Schlafsaal des deutschen Schiffers ein Exemplar der „Libre Parole“ gesehen zu haben, worin ein Artikel mit der Ueberschrift „Dreyfus verhaftet“ blau angestrichen war.

In Meuses ist um des lieben Friedens willen nach der „Köln. Zig.“ in manchen Gasthöfen den Wästen durch Anschlag verboten worden, sich über Dreyfus zu unterhalten.

An Stelle des gemahregelten Generals Mercier ist General Piereux unter Verlesung in seiner Stellung als Kommandirender General des 7. Armeekorps zum Mitglied des Obersten Kriegsraths in Frankreich ernannt worden.

Serbien.

Vom serbischen Standgericht. Serbisch-offiziell verlautet: Es steht nunmehr fest, daß wegen des Mordanschlags nur Ruzewitsch und Oberst Wiazlo Mitolitsch sich zu verantworten haben werden. Die Verhandlung gegen diese dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. In zweiter Reihe soll die Schlussverhandlung gegen diejenigen Personen geführt werden, gegen welche die Anklage wegen Anzettelung, Leitung und Förderung der gegen die Dynastie gerichteten Verschwörung erhoben wird. Erst in dritter Reihe werden die Theilnehmer und Mitwisser der Konspiration zur Aburtheilung gelangen. Wie versichert wird, dürften wegen Hochverrats 16 oder 17 Angeklagte vor den Schranken des Ausnahmegerichtshofes erscheinen. Alle Angeklagten haben selbst ihre Verteidigung gewählt, mit denen sie gemeinschaftlich die Verteidigung vorbereiten, der uneingeschränkte Bewegungsfreiheit gewährt werden soll. Mehrere Korrespondenten großer ausländischer Blätter sind aus Anlaß dieser Verhandlungen bereits in Belgrad angekommen, und der Gerichtshof hat die Verfügung getroffen, daß ihnen alle Erleichterungen zur Erfüllung ihrer Aufgabe gewährt werden.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest

Am kommenden Sonntage in Israelsdorf hat es schon so häufig, werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Lebens sich von ihren Verkehrskollegen nach dem Burgenlande begeben und von dort mit wehenden Fahnen und Männen nach dem Klange der Melodien wohlbekannter Kampfes- und Freiheitslieder hinausmarschieren die lange, schnurgerade Allee entlang zu dem idyllisch gelegenen Waldorfe, um dort im Familien- und Bekanntenkreise ein paar frohe Stunden zu verleben. Gilt es bei der Maifeier, für die Forderungen des klassenbewußten Proletariats zu demonstrieren, so kommt beim Gewerkschaftsfeste jener Geist zum Ausdruck, welcher die Arbeiter mit der Kraft befeht, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, der Gedanke der innigen Zusammengehörigkeit aller Arbeiter in guten und schlechten Tagen. Da sollen sie sich persönlich näher treten, da soll sich zeigen, daß sie nicht nur in den Zeiten heißen Kampfes treue Kameraden sind, sondern daß auch während des Friedens, im Waffenstillstande, ihre Solidarität einen bereicherten Ausdruck findet. Eine große Familie, sie alle, die da frohnen für das Kapital, Schwester und Bruder, Einer dem Andern vertrauend und Einer mit dem Andern vertraut — das sei das Bild des Festes, dem wir entgegengehen. Und wie bei der Maidemonstration Laufende sich zusammensanden, ihre Ueberzeugung zu bekunden, so darf auch am Sonntage kein Einziger fernbleiben. Vollzählig am Plage sein — das muß sich jede Korporation zur Ehrenpflicht machen, insbesondere diejenigen, die erst seit Kurzem in den Reihen ihrer Genossen stehen. Dann wird auch bei dieser Gelegenheit die Uebereinstimmung der guten Ruf rechtfertigen können, den sie sich im Lande erworben hat.

A. K.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 9. August.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine, welche sich zur Theilnahme am Gewerkschaftsfeste bisher nicht gemeldet haben, mögen dies heute noch besorgen!

„Festgestellt.“ Nach den „Lib. Anz.“ ist „vor einiger Zeit“ „festgestellt“ worden, daß der Referent in einer sogenannten Maiverammlung, in welcher er für vollständige Arbeitsruhe eintrat, selbst am Weltfeiertag ungenirt durchgearbeitet hat. Da die „Lib. Anz.“ doch bei ihren guten Informationen über die moderne Arbeiterbewegung sicher den Namen dieses gemeinegütigen Kerls wissen, thun sie ein Unrecht an der Öffentlichkeit, wenn sie ihn verschweigen. Solange sie ihn nicht nennen, dienen wir ihnen mit folgender authentischen Nachricht: „Vor mehreren Wochen wurde festgestellt, daß ein nationalliberaler Redakteur, der in seinem Blatte stets vor Königstreue zu besten scheint, am Geburtstage des Landesherrn mit einem berufsmäßigen sozialdemokratischen Hezer Bruderschaft getrunken. Der Aussehen erregende Vorfall wirft ein gellendes Licht auf die Korruption in journalistischen Kreisen.“

Der deutsche Tischlertag hat, unseren Erwartungen völlig entsprechend, bedeutend in Arbeitertrug gemacht. Wie wir bereits kurz erwähnten, hat er sich energisch für die Zwangsinnungen ausgesprochen. Der Sekretär der Innungs-Verbände, ein Dr. Schulz, proklamirte den Grundsatz, daß dem Handwerkerstande die Aufgabe obliege, die feste Stütze der bestehenden Staatsordnung zu sein. Kostbar ist, daß man das Wort Zwangsinnung nicht liebt und es durch Pflichtinnung ersetzt sehen möchte. Das illustriert so recht drastisch die habgierliche Verböhrtheit mancher Innungsbräuer. Als ob der Zwang nicht ebenso verwerflich wäre, wenn man ihn Pflicht taufte! Was man den mißrathenen Gehilben der Pfustweisheit naiver Weise Alles zutraut, geht daraus hervor, daß man in ihnen das

einziges Mittel erblickt, den maßlosen Fortschritten der Gezeiten entgegenzutreten, und das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. In Lübeck hat man die gegenseitige Erfahrung gemacht. Obermeister Schwarz hat es jedoch nicht für nötig gehalten, dies zu bekunden, sondern kräftig mit in das verrohtete Zwangsthorhorn gestossen. Den Truxverband haben wir bereits erwähnt. Anlaß zu demselben hat nach den Aussagen des Referenten die — dänische Aussperrung gegeben. Es scheint also die selbständigen deutschen Holzwärmer nach ähnlichen terroristischen Brutaltatsakten zu gefährden. Daß unter diesen Umständen die Liebeserklärung für die Buchtausbearbeitung nicht ausbleiben konnte, ist klar wie Aachener Wasser. Man nahm folgende Resolution an:

Der 10. deutsche Tischlertag zu Lübeck erklärt, daß die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses als eine absolute Notwendigkeit angesehen ist und bittet die hohe Reichsregierung im Prinzip an der eingebrachten Vorlage festzuhalten.

Die aus dieser Rundgebung herausdringende Gesinnung fand einen weiteren Ausdruck in dem Beschlusse, den nächsten Tischlertag in Wiesfeld abzuhalten. Wie uns kundige Leute versichern, wird nach Wiesfeld Dehnhausen die Ehre haben. — Die Lübecker Tischlergesellen werden, wenn sie dies lesen, sicher sagen: „Wir haben doch ganz samole Meister!“ Zum Schlusse eine beschädelte Frage: Sind alle Lübecker Tischler-Sinnungsmeister mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden? Und was sagt der Gesellen-Ausschuß dazu?

Gerichtliche Untersuchung ist nach der „E.-Z.“ wegen des Unfalls auf dem Bahnhof, bei dem der Kofferträger Holt sein Leben lassen mußte, eingeleitet worden.

Die Aussperrung der dänischen Arbeiter war das Thema, mit welchem sich die gestern in den „Central-Hallen“ tagende, trotz der herrschenden Hitze überaus stark besuchte Volksversammlung beschäftigte. An Stelle des in letzter Stunde telegraphisch zu den Einigungsverhandlungen nach Kopenhagen abgerufenen dänischen Reichstagsabgeordneten Genossen Olsen referierte Genosse Rasch. In kurzen Zügen schilderte er die Ursache und den bisherigen Verlauf des Niesenkampfes, um sodann ausführlicher die Lehren zu besprechen, welche diese Kraftprobe des internationalen Kapitalismus für die Arbeiter aller Kulturländer in sich birgt. Redner verwies auf die für die Beurteilung der Buchtausbearbeitung interessante Erscheinung, daß in Däne-

mark, obwohl Zehntausende auf das Pflaster geworfen sind, die in Deutschland so oft erwähnten „Exzesse“ unbekannt sind, und schloß daraus, daß dies verursacht werde durch die musterhafte Unparteilichkeit der dänischen Behörden, denen der polizeimäßige Kampf gegen die Arbeiterorganisationen unbekannt ist. Demgegenüber verwies er auf den deutschen Tischlertag, der seine Rückständigkeit durch eine Resolution für die Buchtausbearbeitung beweisen zu müssen geglaubt habe. Redner schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Warnung, nicht zu erlahmen in der finanziellen Unterstützung der dänischen Arbeiterbrüder. Was man an ihnen tue, das tue man an sich selbst. In der Diskussion geistelte Genosse Bartels das Treiben des Unternehmensringes und forderte gleichfalls zu eifrigem Sammeln auf, während Genosse Rasch in seinem Schlusswort die Anwesenden darauf hinwies, daß sie so energisch wie bisher für die Kräftigung der Organisationen am Orte streben möchten, um in erster Stunde gerüstet zu sein. Folgende Resolution ward einstimmig angenommen:

Die am 8. August in den Centralhallen tagende Volksversammlung erklärt sich mit den ausgesperrten dänischen Arbeitergenossen solidarisch.

Sie erblickt in der Aussperrung tausender Arbeiter, die bereits zu ernähren, einen Alt betasteter Rohheit.

Das Bestreben der dänischen Kapitalisten ist das gleiche, wie das der Kapitalisten anderer Kulturländer, und deshalb ist es Pflicht aller Arbeiter der Staaten mit kapitalistischer Produktion, das Band internationaler Zusammengehörigkeit zu befestigen und demgemäß die im Kampfe befindlichen dänischen Genossen kräftig zu unterstützen.

Daher erklärt die heutige Volksversammlung sich bereit, alle irgendwie in Lübeck Mittel zu machenden Geldmittel den dänischen Freunden zur Verfügung zu stellen.

Sodann schloß der Vorsitzende, Genosse Rühl, die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung aller Länder, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

pb Wieder Einer. In Haft geriet ein Bäcker knecht, der seinem Meister etwa 50 Mk. unterschlagen haben soll. — Ferner wurden zwei Personen wegen Trunkenheit festgenommen.

pb Gestohlen wurde aus einem Hause im Fregefeuer ein „Schladig“-Fahrrad, Polizei-Nummer 2855, Fabrik-Nummer 30 394.

pb Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Arbeiter, welcher einer Arbeiterin 25 Mk. gestohlen zu haben beschuldigt wird.

Kensfeld. Eine öffentliche Parteiversammlung findet am Donnerstag, den 10. d. Mts.,

Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn G. Sternberg statt. Auf der Tagesordnung steht: „Die Landtagswahlen“. Die Parteigenossen werden in Anbetracht des wichtigen Themas ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Altona. Todtgefahre wurde auf der Station Dulckhorn der Kalkenkirchener Bahn der Kaufmann Rndt aus Kalkenkirchen, welcher noch im letzten Augenblick auf den schon in Bewegung befindlichen Zug zu springen versuchte.

Lauenburg. Ein mutiger Knabe. Mit eigener Lebensgefahr rettete am Sonnabend der 14jährige Schüler Heideknecht einen Kameraden vom Tode des Ertrinkens. Mit großer Mühe gelang es ihm, den schon Bewußtlosen an's Land zu bringen, wo die angeordneten Wiederbelebungversuche erfolgreich waren.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Generalprobe der Arbeiter-Singsangvereine am Donnerstag, den 10. August, 9 Uhr, im Vereinslokal.

Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Bisher antritt	1898,88 Mk.
Von Niemann, Eiswäger	7,75 "
Von Habide	1,00 "
Summa	1907,63 Mk.

Redaktion des „Ab. Volksb.“

Sternschau-Biedmarkt.

Hamburg, 8. August.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Angeführt wurden 1830 Stück. Preise: Verlandtschweine, schwere 48—49 Mk., leichte 49—51 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Herkel 48—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Käsehandel verlief träge. Angeführt wurden 1840 Stück. Preise: Beste 90—100 Mk., geringere 87—89 Mk. pr. 100 Pfd.

Im Tivolitheater hat Freitag Abend Frau Fisch sein Benefiz. Zur Aufführung werden gelangen die vieraktige Posse von W. Pohl „Der Jongleur“ und der Einakter „Frühlingserwachen“. Außerdem wird im Garten Kouzert stattfinden. Der Name Frau Fisch besagt genug und sollte Veranlassung geben, daß am Freitag das Theater ausverkauft ist.

Hierzu eine Beilage.

August Vietig's Colonialwaaren-, Bier-, Spirituosen-, Kartoffel- und Feuerungs-Handlung

Ist als gute Versorgungsquelle bekannt und kann daher auf's Beste empfohlen werden.

Montag den 7. d. M., Nachmittags 3 Uhr, entließ sanft nach längerem Leiden unsere liebe Mutter und Schwiegermutter **Dorothea Rosenberg, geb. Schild,** im 74. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an J. Lock u. Frau, Marie, geb. Rosenberg, G. Rosenberg und Frau, C. Jacobsen u. Frau, Johanna, geb. Rosenberg, J. Rosenberg und Frau. Die Beerdigung findet Freitag Vormittag 11 Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Trauerfeier 10 Uhr 45 Min.

Zum 1. October eine leere Stube mit Keller zu vermieten. Preis 100 Mk. Subwigstraße 31.

Gesucht eine kleine Wohnung zum 1. October für einzelne Leute. Offert. unter **J C 100** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Octbr. eine Wohnung von 2 Leuten von 120—130 Mk. Offerten unter **O L** an die Exped. d. Bl.

Suche sofort eine Näherin. Schmiedestraße 13.

Gut gehende silberne Cylinderuhr für 7 Mk. zu verkaufen. Näheres in der Exped. des Ab. Volksboten.

Ein Tigerhut zu verkaufen Roienstraße 8, 1. Et.

Speck, Winterwaare eigener Schlachtung, fetten, in Stücken von 30—80 Pfd., a 65 Pfg., mageren, in Stk. von 10—20 Pfd., a 65 Pfg., etwas dünneren fetten Speck billigt. empfiehlt **M. Lalritz, Wälderstraße.**

Speise-Halle Hansa Mengstraße 24, I. Großer Mittagstisch von 11 1/2—2 Uhr. à Person 40 und 50 Pfg. Abendessen von 6—9 Uhr. à Person 30 und 40 Pfg.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin Marlesgrube 9 empfiehlt gut gearbeitete Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren zu soliden Preisen.

Zu dem am Sonntag stattfindenden Gewerkschaftsausflug halte mein Lokal bestens empfohlen.

Israelsdorf. C. Lüer.

Versuch macht klug! Herren-Sohlen u. Klede von Mark 2,00 Damen- do. u. do. von do. 1,50 Mädch.-} do. u. do. von do. 0,90 u. Knab.-}

Alle anderen Reparaturen billigst. Jede Reparatur wird sofort ausgeführt. **Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt Königstr. 48 Ecke Alter Schranken.**

Da es für Jedermann notwendig ist, mit dem Inhalt der **Reichsgesetze**

bekannt zu sein, empfehlen wir: **Verfassung d. Deutschen Reiches 0,30 Mk.** **Strasprozeßordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz 1,60 „** **Civilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Einführungsgefehen, Nebengefehen und Ergänzungen 2,50 „** **Gesetz betr. die Gewerbeurichte 0,50 „** **Unfallversicherungsgesetz 2, „** **Krankenfassengefehen 1,20 „** **Gewerbeordnung 2,00 „** **Reichsgesetz betr. Abzahlungs-Gesäfte 1, „** **Strasgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichs-Strasgefehen 1, „** **Invalditäts- und Altersversicherung der Arbeiter zum Handgebrauch für alle bei Ausführung des Gesetzes Beteiligten 0,25 „**

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Weißbier (Eimerbier)

Donnerstag Abend von 5—10 Uhr, Freitag Morgen von 6—8 Uhr. **St. Lorenz-Brauerei** Nebenhoffstraße 12. C. Gablenz.

Socialdemokrat Verein Lübeck.

Alle Mitglieder, welche noch Bücher aus der Bibliothek im Besitze haben, werden ersucht, solche unbedingt bis längstens Montag den 4. September zwecks Renovierung einzuliefern. Der Bibliothekar wird am Montag den 28. August, Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr dieselben entgegennehmen. **Der Vorstand.**

Quartettverein Amicitia.

Bei der Tombola am 7. August wurden folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

15	23	26	33	42	75	91	110
125	139	143	148	173	184	268	282
334	339	356	369	370	383	392	409
475	479	494	500	586	594	603	616
622	672	677	678	754	771	773	780
821	827	831	832	840	893	901	923
944	952	970	979	982	988	1022	1046
1173	1199	1208	1220	1223	1225	1253	1268
1284	1299	1330	1333	1352	1359	1380	1393
1434	1449	1469	1470	1474	1492	1560	1572
1566	1611	1612	1613	1625	1633	1641	1655
1691	1677	1689	1762	1810	1840	1841	1876
1880	1888	1889	1909	1919	1976	1934	1989
2030	2169	2176	2215	2223	2232	2234	2257
2259	2273	2275	2280	2296	2311	2377	2439
2443	2477	2500	2521	2528	2543	2551	2564
2601	2604	2619	2696	2701	2702	2729	2732
2801	2802	2804	2810	2819	2843	2844	2852
2855	2861	2881	2914	2973	2987		

Abzuholen am Mittwoch Nachmittags von 4 bis 9 Uhr im Concordiagarten, später bis zum 1. September Pflanzstraße 72. **Der Vorstand.**

Tivoli-Theater.

Donnerstag den 10. August. Wenn man im Dunkeln küsst. Lustspiel in 3 Akten von Fietzbusch. Vorher: Ein gutes Werk. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Hausfrauen, kauft Euren gebr. Caffee nur bei August Vietig, Fischergrube 45.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch. Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Der Friedenskongress und der Friede.

wp. Raum je hat sich eine politische Körperschaft so lächerlich gemacht, wie der Friedenskongress im Haag. Schon lange bevor er auseinanderging, führte er nur noch ein Dasein in den Witzblättern. Oh wohl sämtliche Depeschbüreaux zu seinen Diensten standen, fesselte er auch nicht auf einen Augenblick die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Seine Mitglieder selbst schienen die Sache nicht ernst nehmen zu wollen. Sie sprachen mit vollem Munde halbe Worte und legten ihre Gesichter in ernste Falten, um beim ersten unwachten Augenblick sich in's Häuschen zu gehn. Nichts ist erreicht worden, die langatmigen Resolutionen sind des Papiers nicht werth, das man zu ihnen verbraucht hat.

Ist nun damit erwiesen, daß die Idee des Völkerfriedens ein Wahn ist, ein Kindertraum? Wollen die Völker an ihrer Zukunft verzweifeln, weil die Spezialgesandten der Regierungen im Haag sich nicht haben verständigen können?

Diese Vertreter der Regierungen sämtlicher Staaten haben alle anerkannt, daß die fortwährenden Kriege die Völker bis zum Unerträglichen belasten, daß sie sich selbst immer größere Lasten erzeugen und so unfehlbar zu einem Punkt treiben, wo der blutige und Völker verwüstende Krieg selbst als Erleichterung erscheint, als Erlösung vom Alpdruck des bewaffneten Friedens, und sie gingen damit auseinander, daß sie auch fernerhin nichts Besseres zu thun wissen, als noch mehr Kanonen zu gießen und Panzerschiffe zu bauen, zu rüsten ohne Ende!

Wie wird dieser Widerspruch gelöst? Die Regierungen haben eben ein viel geringeres Interesse an der Entlastung des Volkes, als an der Unterhaltung der Kriegsmacht. Hinter den heutigen Regierungen steht überall der kapitalistische Staat mit seiner Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land und der Waarenverschleuderung, der Kolonialpolitik nach Außen. Dieser Staat ist bereit, für einen Fehlen siebentragendes Sumpfland unter den Tropen Millionen zu verausgaben und tausende Menschenleben zu opfern; er muß Waaren und Menschen aus dem Lande schaffen, weil er sonst unter dem sich häufenden Waarenvorrath erstickt, unter dem Andrang der Arbeitslosen zusammenbricht. Die Konkurrenz treibt die Kapitalistenklassen der einzelnen Staaten in ewige Konflikte auseinander, die gelegentlich zu militärischen Zusammenstößen führen. Schließlich ist die militärische Macht die letzte Stütze des Ausbeuterstaates. Der Verzicht auf den Militarismus bedeutet für den kapitalistischen Staat den Verzicht auf seine Existenz — wie könnte man da erwarten, daß die offiziellen Vertreter dieser Staats- und Gesellschaftsordnung diese Quelle ihrer eigenen politischen Macht verstopfen werden?

Der Haager Kongress konnte keinen anderen Verlauf nehmen. Weil er von den kapitalistischen Regierungen befehligt wurde, war er von vornherein eine große Fehlschleife, eine lässige Komödie, welche sich die Sympathien der Völker nicht erobern konnte, sondern ihr höchstes Mißtrauen erweckte. Er hat abermals den Beweis geführt, daß zwischen den Regierungen und den Nationen ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht, daß die Regierungen selbst dann, wenn sie ein soziales Uebel anerkennen, es nicht beseitigen können, weil sie sonst die

ganze Gesellschaftsordnung, in der sie selbst wurzeln, in ihren Grundlagen erschüttern müßten.

Der Völkerfriede hat zu seiner unerläßlichen Voraussetzung den sozialen Frieden. Dieser die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Der Krieg der Militarismus gründet im Klassenkampf. Darum ist es nur das organisierte sozialrevolutionäre Proletariat, welches aufrichtig gegen den Militarismus kämpft und ihn einst besiegen wird.

Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt über die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenz einen längeren Artikel; derselbe ist ein wahres Muster offizieller Bosheit. In der Einleitung und im Schluß des Artikels wird der „menschenfreundliche und erhabene Sinn des Varen“ verherrlicht und die Beschlüsse der Konferenz werden als ein „werthvolles Vermächtniß des Scheidenden Jahrhunderts an das kommende“ bezeichnet, „ein Vermächtniß, das dem edlen Schöpfer des Konferenzgedankens, Sr. Majestät dem Kaiser Nikolaus, zu bleibendem Ruhme gereichen wird.“ Aber die Art und Weise, in welcher der Grundgedanke des Varenmanifestes vom August vorigen Jahres und die wesentlichen moralischen Bindungen der Konferenz — denn ihre positiven Ergebnisse sind wirklich nicht besonders hervorragend — behandelt worden, ist keineswegs liebenswürdig gegenüber dem „menschenfreundlichen, erhabenen und edlen“ Urheber der Haager Konferenz. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht lang und breit von den Beschlüssen, die auf die sogenannte Humanisierung der Kriegsführung hinauslaufen, und die den Varen der Kriegsbarmherzigkeit doch nur den Platz waschen, ohne ihn noch zu machen, und sie thut so, als ob damit ein gewaltiger Fortschritt erreicht wäre. Die Hauptfragen jedoch wurden mit einer fast beleidigenden Kälte behandelt. Unkenntlich hatte Zar Nikolaus in seinem Manifeste in erster Reihe die Idee der Abrüstung betont. Was sagt nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ hierüber? Sie schreibt:

„Wenn die über die Frage einer Einschränkung der Steigerung der Kriegsausgaben, insbesondere zur Verbeistellung eines Stillstandes in der Hervollkommenung der Kriegswaffen gepflogenen Beratungen ohne ein eigentlich positives Ergebnis geblieben sind, so lag dies in der Natur der gegebenen Verhältnisse. Es ist aber als ein nicht geringes Verdienst der Konferenz anzuführen, daß durch ihre von eruchten Bemühen erfüllten Erörterungen die Unmöglichkeit klar gelegt ist, auf diesem Gebiete zu einschneidenden Vereinbarungen zu gelangen.“

Hier wird also geradezu als Verdienst der Konferenz bezeichnet, was doch den eigentlichen Mißerfolg der Anregung des Zaren bedeutet. Die Thatsache, daß die Konferenz — wenn auch nur aus Höflichkeit — eine Resolution angenommen hat, welche die Verringerung der Militärausgaben als höchst wünschenswerth bezeichnet, wird von dem Offiziosus einfach verschwiegen. Nicht besser kommen in dem Artikel die Vereinbarungen über das Schiedsgerichtswesen weg, die trotz ihres fakultativen Charakters in Wirklichkeit den ersten bedeutsamen Versuch zur Kodifizierung eines neuen Völkerrechts bilden. Hierzu bemerkt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ sehr lässig:

„Auch die Arbitragekonvention wird bei besonnener und maßvoller Anwendung in manchen Fällen Gutes zu stiften im Stande sein, wenn ihre Wirkung auch bei großen Lebensfragen der Völker in der Regel versagen wird. Es wird eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe der Regierungen sein, darüber zu wachen, daß die über Vermittelung und Arbitrage neu geschaffenen Bestimmungen nicht durch mißbräuchliche

Anwendung gerade die Gefahren heraufbeschwören, welche sie zu bannen bestimmt sind.“

Das offizielle Blatt scheint hiernach die Schiedsgerichtskonvention eher als gefährlich, denn als friedensfördernd zu betrachten. — Man wird in Petersburg den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ jedenfalls mit großem Interesse lesen. Aber daß er dort trotz der liebenswürdigen Verbeugungen gegen den Zaren mit Besichtigung aufgenommen werden wird, ist sehr zu bezweifeln.

Sozialismus und Partei-Leben.

Eine Lohnbewegung der Posamentenarbeiter Deutschlands in großem Maßstabe sieht nach Meldung bürgerlicher Blätter für den Herbst bevor. Die Forderungen, die die Arbeiter stellen wollen, werden schon jetzt formuliert: 1) Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit und Abschaffung der Akkordarbeit, 2) Minimallohn von 24 Mk., 3) Beschränkung der Überarbeit und ihre Bezahlung mit 50 pCt. Aufschlag, 4) Beschäftigung in den Geschäften ohne Fabrikordnung um 6 Uhr. Diese Forderungen sollen in allen Betrieben der Branche, hauptsächlich in Sachsen, Süddeutschland und dem Rheinland, zu gleicher Zeit aufgestellt werden.

Belgischer Arbeiterinnenkongress. In Charleroi tagte am 23. Juli der erste belgische Arbeiterinnenkongress. Fast alle belgischen Arbeiterorganisationen hatten Delegirte geschickt; auch aus dem Auslande waren mehrere Delegirte erschienen. Der Kongress stellte folgende Forderungen auf: 1) Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Arbeiterinnen bei den Wahlen in die Industrie- und Arbeitsräthe und in die gewerblichen Schiedsgerichte; 2) Ernennung von weiblichen Gewerbeinspektoren, denen die Inspektion von Werkstätten, in denen nur Arbeiterinnen beschäftigt sind, ausschließlich vorbehalten sein soll. — Gegenwärtig giebt es in Belgien nur eine Gewerbeinspektörin. Weiter wurde beschlossen, daß bei Lohnkämpfen stets der Grundlohn gelten solle: für gleiche Arbeit, gleichen Lohn.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. In den Steinbrüchen zu Ciney (Belgien) erfolgte am Sonnabend eine Explosion, durch welche sechs Arbeiter getödtet und fünf verwundet wurden. — In den Glaswerken von Mariemont (Belgien) kamen durch Einsturz eines Baues 5 Erdarbeiter um.

Die italienischen Bauarbeiter in Mexiko sind seit einigen Tagen in eine Lohnbewegung eingetreten, bei der es sich hauptsächlich um die seitens der Unternehmer der großen Fortbauten gezahlten Löhne handelt. Die Italiener versagen zwar am Plage über keine auch nur einigermaßen genügende Organisation, werden in ihrem Lohnkampfe aber von den Arbeitervereinen ihrer Heimath insofern unterstützt, als diese sich bemühen, den Zuzug ihrer Landsleute fernzuhalten. Die Bewegung ist ohne jedes Zutun der gewerkschaftlich organisierten einheimischen Arbeiterkraft in Fluss gekommen und legt ein erfreuliches Zeugniß dafür ab, daß auch die bisher als besonders willig und anspruchslos betrachteten italienischen Arbeiter es endlich satt haben, sich von den Unternehmern als Lohnbrücker gegenüber ihren deutschen Berufsgenossen gebrauchen zu lassen.

Ein neuer Maschinenbauarbeiter-Streik schien, wie wir unlängst gemeldet, in England zu drohen. Die Maschinenbauarbeiter, die sich von ihrer Niederlage im Jahre 1897 völlig erholt haben und sogar kampffähiger als damals sind, forderten im Juni eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Mark (Schilling). Diese ward verweigert und es kam zu Verhandlungen, die sich in die Länge zogen und vorige Woche einen ziemlich gereizten Charakter trugen. Für letzten Freitag wurde nun eine neue gemeinschaftliche Sitzung anberaumt, die man für entscheidend hielt. In dieser Sitzung, an welcher die Führer der Arbeiter- und der

Der Sprung in's Finstere.

Roman von Gustav Höcker.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Kurtesch hatte es sich nicht versagen können, einige der rosafarbenen Willets, welche von Paula Carnow's Hand kamen, zu lesen, da Bruhn als Liebhaber ihm etwas ganz Neues war. Während ihn Paulas Herzenergießungen beschäftigten, bemerkte er nicht, wie sein Kompagnon sich ebenfalls in eine Deklamation versenkt hatte, zu der er sehr erstaunte Augen machte. Alban nämlich hatte einen Brief gefunden, welcher etwa anderthalb Jahre alt und an Bruhn adressirt war, der sich damals in Berlin aufhielt. Der Brief kam von einem in Genf wohnenden Rechtsanwalt, welcher folgendes schrieb:

„Infolge Ihres an Ihre Frau Gemahlin gerichteten Schreibens, welches in der Anlage zurückfolgt, behändige ich Ihnen in deren Auftrage den beigefügten, nach Sicht zahlbaren Wechsel auf 10 000 Frank lautend.“

Zugleich habe Ihnen zu eröffnen, daß Ihre Frau Gemahlin von Ihnen keinen Brief mehr zu empfangen wünscht, sondern mich zur Entgegennahme etwaiger Mittheilungen, wozu sich hoffentlich keine Veranlassung wieder bieten wird, bevollmächtigt hat.“

Das Schreiben Bruhn's, welches ihm der Rechtsanwalt zurückschickte, befand sich noch in demselben, den Poststempel Paris tragenden Couvert, in welchem es an seine Adressatin, Frau Josefine Bruhn in Genf, gelangt war. Nachdem diese von dem Inhalte Kenntniß genommen, hatte sie es mit ihrem Spiegel verschlossen. Bruhn hatte es nicht der Mühe werth gefunden, das Siegel zu erbreechen; an seiner Stelle that dies jetzt Alban, um den darin legenden Brief zu lesen. In diesem entwarf Bruhn ein jammervolles Bild seiner verzweifelten Lage, schilderte in pyramidenhaften Wendungen den ruhelosen Zustand seines Gemüths und bat seine Frau, indem

er ihr die süßesten Namen gab, schließlich um eine Geldunterstützung, wenn sie nicht wolle, daß er seinem elenden Leben durch eine Kugel in den Kopf oder durch einen Sprung in die Seine ein schmähliches Ende bereite.

Diese Korrespondenz eröffnete Alban einen Einblick in Bruhn's Vergangenheit, wobei er zugleich auf mehrere Widersprüche stieß. Eine Frau schickte ihrem davongelaufenen Gatten, von dem sie nichts mehr wissen will, ohne weiteres eine Unterstützung von 10 000 Frank. Das sprach nicht nur für ihr großmüthiges Herz, sondern auch für ihren Reichtum. Was konnte Bruhn bewegen, einem solchen, mit irdischen Glücksgütern reich gesegneten Engel den Rücken zu wenden? Und war es wirklich die Furcht vor dieser Frau, was ihn veranlaßt hatte, einen falschen Namen anzunehmen? Das schien unmöglich, denn sonst würde er nicht gewagt haben, ihr zu schreiben. Auch verbat sie sich deutlich genug durch den Genfer Advokaten jede direkte Belästigung; um wie viel weniger konnte es demnach in ihrer Absicht liegen, ihn zu verfolgen. Bruhn mußte also einen anderen Grund haben, sich unter einem fremden Namen zu verbergen.

Alban steckte, unbemerkt von Kurtesch, die beiden Briefe in die Tasche. Er wollte die gewonnene Kenntniß für sich behalten, um vielleicht gelegentlich Nutzen daraus zu ziehen. Es war nichts Seltenes, daß beide Kompagnons heimlichkeiten vor einander hatten und daß einer den anderen betrog, daher auch zwischen ihnen ein beständiges Mißtrauen herrschte.

Schon am nächsten Tage lasen sie in den Abendzeitungen die sensationelle Neuigkeit von der Ermordung der Paula Carnow und von der Verhaftung ihres Mörders in der Person Scharmann's. Mit ängstlicher Spannung folgten sie dem Gange des Prozesses, der zugleich zu dem Ergebnisse führte, daß Scharmann auch der bisher vergeblich gesuchte Mörder Marianne Bornstedt's war. Wie ein Damokles'scher Schwert schwebte über der Firma die Gefahr, daß ein Geständniß Scharmann-Bruhn's sie in den Prozeß verwickeln könnte,

und ihre Koffer waren immer gepackt. Aber der Stab des Richters brach über dem Haupte des Verurtheilten, ohne daß über des letzten Lippen ein Wort über seine Beziehungen zu der Firma Alban u. Kurtesch gekommen wäre.

VI.

Kurtesch an Alban.

... den 15. Dezember 18...

Lieber Alban!

Die Papiere Bruhn's, um die ich Dich telegraphisch ersuchte, habe ich erhalten, und Du sollst nun auch erfahren, wozu wir sie brauchen können. Ich habe ein merkwürdiges Abenteuer gehabt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so habe ich hier Bruhn's Frau entdeckt. Eine Dame in einem Wachsfigurenkabinett, wie ich Dir später ausführlich erzählen werde, hat mich auf diese Spur gebracht. Sobald meine Einkaufsgeschäfte abgewickelt sind, reise ich nach Nizza, wo die muthmaßliche Wittve Bruhn's früher mit ihrem Manne gelebt hat. Dort hoffe ich das Nähere zu erkunden. Es ist gut, daß wir die Prämienzahlungen für Bruhn's Lebensversicherungspolice bis zu dem heutigen Tage fortgesetzt haben. Wer von uns beiden war doch dieser vorausblickende weise Mann. Ich glaube, das war ich. Nun bedarf es nur noch Deiner raffinierten Schlaubeit, und wir werden die Furcht meiner Klugheit ernten können. Du wirst fragen, was es dabei für Dich zu thun giebt? Die Sache ist sehr einfach: Du mußt ein ähnliches Stücklein aussinnen, wie es Dir so prächtig mit unierem einstigen Employe Möllinger glücklich ist, der mit achtzigtausend Mark beim „Nordstern“ versichert war, an der Schwindsucht starb, feierlich begraben wurde und sich noch heute in Australien als einer der erfolgreichsten Schatzjäger seines Lebens freut.

Wenn die von mir entdeckte, übrigens bildhübsche Dame, wirklich Bruhn's Wittve gewesen ist, woran sich kaum zweifeln läßt, so muß sie als solche Bruhn's - Police einziehen,

